



Schlüssel zum besseren China-Verständnis

Philosophisch-politischer Essay

Beat Schneider (Schweiz)

Vorbemerkung

»Die fremden Teufel« verstehen die Dinge in China nicht, beklagten sich früher die Beamten über die ausländischen Abgesandten am chinesischen Kaiserhof. Das Unverständnis der abendländischen Menschen für das Reich der Mitte ist notorisch und trifft auch auf das heutige China zu. Die unglaubliche Entwicklung Chinas in den letzten vier Jahrzehnten wird in ihrem vollen Ausmass bei uns wohl nie vollständig zur Kenntnis genommen, geschweige denn begriffen werden. Zu sehr ist unser Blickwinkel auf die nichtwestliche Welt eurozentristisch geprägt und verengt.

Fassungslos und verunsichert stehen die einen vor dem chinesischen Wunder, skeptisch fragen andere, ob es sich in China um Kapitalismus oder Sozialismus handle, wieder andere – nicht wenige – hegen gegenüber China generell Argwohn, ein Ergebnis des steten westlichen China-Bashings der vergangenen Jahre.

Für Menschen, die ihre Neugierde bewahren konnten, möchte ich im Folgenden einen Schlüssel entwickeln, um damit Türen ins heutige China zu öffnen.

China-Schlüssel

China war für das Abendland immer schon ein Anders-Ort: Es hat unabhängig und zeitverschoben zu Europa andere Ideen und entsprechende Konzepte hervorgebracht. Während das Abendland seit dem antiken Griechenland die Idee der Freiheit und seit der europäischen Aufklärung die Idee der individuellen Rechte und der Wahrheit entwickelte, hatte China längst davor das Prinzip der »Einheit der Gegensätze im Einen«, das Konzept des »Weges zur Harmonie« (chin.: Dao), das Konzept der »Mitte« (chin.: Zhongyong) und die Idee der Disponibilität hervorgebracht. Das Reich der Mitte (chin.: Zhong Guo) verfügte nicht über einen ausgeprägten Freiheitsdiskurs, musste China bis ins späte 19. Jh. u. Z. doch nie für seine Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen. Es verfügte auch nicht über einen ausschliessenden Wahrheitsdiskurs. Es gibt nicht die eine Wahrheit und erst nicht ewige Wahrheiten, sondern nur situative, relative Wahrheiten.

Außerdem im Heft:

C. J. Atkins (People's World)

Trump's außenpolitische Agenda

Kalter Frieden mit Russland –

Kalter Krieg gegen China

Seite 15

Das Dao waltet dialektisch

In der chinesischen philosophischen Tradition ist das Dao das Schlüsselprinzip und die grundlegende Ordnung des Universums. »Prinzip« ist nicht ganz korrekt. Das Dao ist eher ein Weg des ständigen Wandels. Bei uns würde man es eine Metaphysik des Werdens oder des Wandels nennen. Das Dao ist die Art und Weise, in welcher die sich verändernde Welt im Gleichgewicht bleibt.

Das Dao spielt in allen »Drei Lehren« Chinas, im Daoismus, im Konfuzianismus und im Buddhismus mit entsprechenden Ausprägungen eine zentrale Rolle.

Im Daoismus lassen sich alle Erscheinungen der Welt auf gegensätzliche polare Kräfte zurückführen, wie Yin und Yang, hart und weich, Flut und Ebbe. Das Dao ist Ursprung und Vereinigung der Gegensätze. Diese schliessen sich nicht aus, sondern erzeugen sich gegenseitig und sind dasselbe in Einem. Auf den ersten Blick ist das Dao dem abendländischen Denken fremd. Im Grunde aber ist das Denken der »Einheit der Gegensätze« einfach: Dieselbe Talseite steht am Morgen in der Sonne und am Abend im Schatten. Helligkeit kann nur im Verhältnis zu Dunkelheit, Schönheit nur im Verhältnis zu Hässlichkeit existieren.

Das Dao »waltet« also dialektisch. Seine Dialektik hat gewisse Ähnlichkeiten mit der abendländischen hegelschen und marxschen Dialektik. Yin und Yang sind aber im Unterschied zur abendländischen Dialektik nicht nur gegensätzliche komplementäre Kräfte, das heisst, sie ergänzen sich und machen sich gegenseitig zu einem Ganzen, das sich im Zustand eines dynamischen Gleichgewichts befindet. Yin und Yang folgen einem ewigen Wechsel, bei dem einmal das eine und dann das andere

dominiert, wie Ebbe und Flut. Darin besteht der ständige Wandel.

Der goldene Weg zur Harmonie

Im Konfuzianismus ist das Dao der »rechte oder goldene Weg« oder der »Weg der Mitte« (chin.: Zhongyong). Das Dao des Menschen ist ein Lebensweg in dynamischem Gleichgewicht. Höchste Ziele auf diesem Weg sind die Menschlichkeit (chin.: Ren) und eine friedliche und sichere Welt der Harmonie. Gemeint ist nicht eine selbstzufriedene und passive, sondern gemäss Konfuzius eine »Harmonie in der Vielfalt« (chin.: He'orbutung) entsprechend der daoistischen »Einheit der Gegensätze«.

Der »rechte Weg« ermöglicht jedem (!) Menschen und der Gemeinschaft, ein tugendhaftes und edles Leben zu führen. Die Menschen und die Gesellschaft sind also apriori durch Lernen und Bildung zum Guten befähigt und nicht wie im Apriori des christlichen Abendlandes von Geburt auf schlecht, sündig und deshalb der Erlösung von aussen bedürftig. In dieser Hinsicht ist der Konfuzianismus eine humanistische Lebensauffassung.

Die Führung eines tugendhaften Lebens auf dem »goldenen Weg« spielt im Konfuzianismus eine zentrale Rolle. Sie begründet die Harmonie in der Familie, im Dorf, in der Provinz und im Reich. Ist das Reich in Harmonie, dann ist es auch der Kosmos!

Ganz in dieser Tradition schrieb Xi Jinping 2017 im »Bericht auf dem 19. Parteitag der KPC«: »Wenn das Dao waltet, herrscht Gemeinwohl unter dem Himmel.« Mi anderen Worten: Wenn ein Leben in Harmonie geführt wird, herrscht Gemeinwohl in einer allen Menschen gehörenden Weltordnung. Die letztere heisst auf Chinesisch »Tianxia«.

Das Streben nach Harmonie – die persönliche, die zwischenmenschliche und die Harmonie zwischen Mensch und Natur – ist auch im heutigen China eine zentrale Kategorie. Ohne sie kann China kaum verstanden werden.

Editorischer Hinweis: Da unser Autor aus der Schweiz kommt, haben wir seinem Essay bewusst nicht die (neue) deutsche Rechtschreibung übergestülpt.

Der Konfuzianismus hat aus dem Dao das Konzept der »Mitte« entwickelt. In der chinesischen Kultur geschieht vieles aus der Mitte heraus. »Mitte« bedeutet nicht biederes Mittelmass des Vorsichtig-auf-Distanz-Bleibens, sondern dass man das Eine ebenso tun kann wie das Andere, indem man offen ist für Beide. Erst so kann man Kompromisse finden und Widersprüche versöhnen. Die Wahrung von Mitte und Mass impliziert, keinen absoluten Wahrheitsanspruch zu erheben, extreme Meinungen und Handlungen zu vermeiden und in Konflikten Verständnis für die andere Seite aufzubringen. Das macht die Mitte aus: die Kategorie des Sowohl-als-auch. Darin liegt auch der Kern der Idee der sogenannten Disponibilität, welche bedeutet, dass man sich aus der Weisheit des Augenblicks heraus für alle Möglichkeiten offenhält.

Kultur des Sowohl-als-auch

Prägen die traditionellen »Drei Lehren« das heutige China noch? Insbesondere der Konfuzianismus fundiert seit zweieinhalb Jahrtausenden die chinesische Kultur, die Gesellschaft und die Einzelnen sowie die Staatsdoktrin. Die chinesische Kultur ist mit einem grossen Schwungrad vergleichbar, das trotz verändertem Antrieb noch sehr lange weiterdreht. Das Schwungrad prägt den Alltag Chinas bis heute. Gedacht und gehandelt wird nach wie vor in der Kategorie des Sowohl-als-auch, und zwar im Kleinen wie im Grossen.

Chinesinnen und Chinesen kommen mit Widersprüchen besser klar als die Menschen bei uns. Sie werden nicht nur dazu erzogen, ihre Emotionen und Leidenschaften zu zügeln, sondern Extreme und Widersprüche auszuhalten, miteinander zu versöhnen und zugunsten einer harmonischen Umgebung einen Kompromiss und wenn immer möglich eine Kooperation mit Win-win-Charakter zu finden. Etwas verallgemeinernd (und vielleicht auch etwas klischeehaft) kann man sagen, dass Chinesinnen und Chinesen in der Regel gleichmütiger, geduldiger und gleichzeitig wacher und

anpassungsfähiger sind als die Menschen bei uns. Ihre sprichwörtliche Anpassungsfähigkeit und Flexibilität werden bei uns nicht immer verstanden oder fälschlicherweise als Ausdruck von Unzuverlässigkeit, List, Opportunismus und Durchtriebenheit taxiert.

Kultur des Entweder-oder

Das Sowohl-als-auch steht in fundamentalem Gegensatz zur abendländischen Kultur. Dort steht die Kategorie des Entweder-oder im Vordergrund. Die Menschen im Abendland sind darin geübt, die Welt in strikten Dichotomien, das heisst in Zweiteilungen zu denken und entsprechend zu handeln: Schwarz und Weiss, Freund und Feind, Freiheit und Unfreiheit, Geist und Körper, Mensch und Natur, Gut und Böse.

Dichotomien begünstigen eine dogmatische und autoritäre Haltung. Denn die Zweiteilungen münden in der Regel in der Beherrschung des Einen durch das Andere. Erstes Beispiel: Entweder beherrscht das Böse das Gute oder das Gute siegt über das Böse. Die Realität ist aber viel komplexer. Gut und Böse sind eins. Zweites Beispiel: Der Geist beherrscht den Körper und der Mensch die Natur. Beredter Ausdruck für den verhängnisvollen abendländischen Dualismus zwischen Mensch und Natur ist das biblische Diktum »Der Mensch soll sich die Erde untertan machen!«.

Der Soziologe Max Weber hat von einem Grundunterschied zwischen konfuzianischem und westlichem Rationalismus gesprochen: Dieser bestehe in der Differenz zwischen »konfuzianischer Anpassung an die Welt« und »westlicher Beherrschung der Welt«.

Bei uns höre ich den Einwand, dass das Sowohl-als-auch auf Beliebigkeit oder Unverbindlichkeit hinauslaufe. In China würde man wohl dagegenhalten, dass der komplexen und uneindeutigen Wirklichkeit mit dem Sowohl-als-auch adäquater begegnet werde.

Mein Fazit: Der Code zum Verständnis des heutigen China ist das Sowohl-als-auch.

Mit diesem konfuzianischen Code werden im Folgenden einige Türen geöffnet.

12 Türen ins heutige China

Sowohl Konkurrenz als auch Kooperation

Das chinesische Sowohl-als-auch zeigt sich exemplarisch auf geopolitischer Ebene in der Auseinandersetzung zwischen den beiden Weltmächten, den USA und der VRCh. Die USA reagieren auf den Aufstieg Chinas mit einem Dominanz- und Ausschlussverhalten, mit einem Entweder-oder: entweder die USA oder die VRCh. China müsse mit allen Mitteln zurückgedrängt und vom wirtschaftlichen und politischen Weltsystem abgekoppelt werden (engl.: De-Coupling). So forderte zum Beispiel US-Präsident Joe Biden unverblümt den »Garaus des Rivalen«, und sein Aussenminister Anthony Blinken meinte, dass China aus dem »Feld geschlagen« werden müsse und dass die USA im Machtkampf gegen China sicher siegen würden.

China reagiert mit einem Sowohl-als-auch: Es gibt gleichberechtigt nebeneinander sowohl die USA als auch China. Beide haben zwar verschiedenartige Systeme und stark differierende Grundhaltungen. Trotzdem sollen und vor allem können beide nebeneinander koexistieren, kooperieren, voneinander in einer Win-Win-Situation profitieren und für die Weltgemeinschaft eine gemeinsame Verantwortung übernehmen. Eine einschlägige konfuzianische These lautet: Die Menschheit teilt ein gemeinsames Schicksal und die internationale Gemeinschaft muss fest zusammenhalten und kooperieren. Nur gemeinsam können die globalen wirtschaftlichen, klimatischen und gesundheitlichen Krisen bewältigt werden. Diese These stammt von Xi Jinping. Erstrebenswert sei eine multipolare Weltordnung, die auf friedlicher Koexistenz, Kompatibilität und Kooperation beruht, auf einer rationalen Minimierung von Konflikten und einer Maximierung von Kooperation, wovon alle profitieren würden. Konfuzianisch

ist die Suche nach Gemeinsamkeiten bei gleichzeitiger Wahrung von Unterschieden und ein politisches, ökonomisches und soziales System, das auf Inklusion bedacht ist.

Die Weltordnung befindet sich gerade in einem Megatrend, in dem sie sich schrittweise, allerdings nicht ohne Geburtswehen und grossen Widerstand von Seiten der alten hegemonialen Mächte, im Sinn der genannten konfuzianischen Weisheit zu verändert.

Chinas Aussenpolitik besteht sowohl aus nationaler Interessensvertretung – die Renaissance der chinesischen Nation soll bis 2049 vollendet sein – als auch aus einer Art multipolarer »Welt-Innenpolitik« mit verschiedenen, aber gleichwertigen Akteuren. Aussenpolitik als »Welt-Innenpolitik«, das ist eine genuin chinesische Vorstellung mit einer über 3000jährigen Tradition, die mit der Zhou-Dynastie begonnen hat. Es ist das schon erwähnte »Tianxia« und heisst auf Deutsch »Alles unter dem Himmel«. Alle unter dem Himmel können und sollen gleichwertig kooperieren und voneinander profitieren.

Im Abendland fehlt dieser »weltinnenpolitische« Aspekt. Der politische Horizont geht in der Regel nicht über die souveränen Nationalstaaten hinaus. Seit der Etablierung der Westfälischen Ordnung im 17. Jahrhundert beschränkt sich Aussenpolitik auf rein nationale Interessensvertretung, die mit einer Vielzahl von Mitteln, insbesondere mit Bündnispolitik oder mit Krieg, gegenüber den anderen Nationen durchgesetzt wird.

Für die USA zum Beispiel ist Aussenpolitik eine hegemoniale nationale Interessenspolitik oder krasser ausgedrückt eine Demokratie und Menschenrechte benützende, beziehungsweise missbrauchende Militär- und Sanktionspolitik, welche der Weltgemeinschaft keine Alternative lässt. Anstelle einer einigermaßen regelbasierten internationalen Weltordnung setzen die USA heute ein willkürliches Droh- und Interventionsystem, das aus einem wildwüchsigen Sanktionsregime und der exterritorialen (!) Anwendung von nationalen US-Gesetzen besteht.

Gegenwärtig eskalieren die US-amerikanischen Eliten den Konflikt mit China bis an gefährliche Grenzen. Hintergrund ist der Aufstieg Chinas, der Bedeutungsverlust des kollektiven Westens und der Aufstieg des globalen Südens (Stichwörter: Shanghai Kooperation Organisation (SCO), Regional Comprehensive Economic Partnership (RCEP) usw.).

Diese Situation hat es in sich, dass regionale Konflikte in allen Weltregionen, wie in der Ukraine, im Nahen Osten und anderswo, zwangsläufig zu geopolitischen Stellvertreterkriegen eskalieren. Sie sind für die USA Etappenziele im Hinblick auf ihr Hauptziel China. Die USA unternehmen alles, um die Kräfte des kollektiven Westens auf den Kampf gegen China zu fokussieren. Die einzige Möglichkeit, sich gegen die zunehmenden Provokationen des kollektiven Westens zu wehren, besteht für China darin, geduldig zu sein, die ökonomische Verflechtung mit möglichst allen Ländern der Welt zu halten oder auszubauen und weiter an einer multipolaren Weltordnung zu arbeiten, in der zwischen den multiplen Zentren ein dynamisches Gleichgewicht herrscht.

Angesichts der globalpolitischen Situation und des zunehmenden wirtschaftlichen, technischen und wissenschaftlichen Vorsprungs von China besteht für die USA meines Erachtens à la longue keine andere Wahl als die der Koexistenz und Kooperation mit China auf Augenhöhe.

Sowohl moderner Nationalstaat als auch Zivilisationsstaat

China ist eine 5000jährige Zivilisation. Es besitzt eine kontinuierliche, recht einheitliche kulturelle Identität. Das Reich der Mitte war zwar auch ein von Wandel und historischen Disruptionen (= Brüchen) geprägtes Gebilde, aber schon in den Qin- und Han-Dynastien bildete sich vor rund zweieinhalb Tausend Jahren ein staatliches Kerngebiet mit einer starken Identität heraus, das dann einen grossen Sog auf andere Völker ausübte und Nachbarn als tributpflichtige, aber

relativ selbständige Vasallenvölker assoziierte. Das Reich der Mitte ist ein Zusammenschluss von »Tausenden von Staaten zu einem«, wie man in China sagt. Man muss sich die Dimensionen der langen chinesischen Zivilisationsgeschichte und ihrer geschichtlichen Kontinuität an einem Detail vergegenwärtigen: Mindestens sieben Kaiserdynastien und damit geschichtliche Epochen dauerten länger als 250 Jahre, das heisst länger als die gesamte Geschichte der USA. Die neuste und prägende Epoche des Westens ist nur 200–300 Jahre alt und hat in dieser kurzen Zeit Sklaverei, Faschismus, Tausende von Konflikten und zwei Weltkriege hervorgebracht. Der chinesische Reichsstaat, beziehungsweise die kaiserliche Zentralregierung war traditionell der Inbegriff und Wächter der chinesischen Zivilisation und genoss bei der Bevölkerung eine grosse Autorität und Legitimität. Das trifft sinngemäss auch auf den heutigen Staat zu. Die Chinesinnen und Chinesen haben traditionell ein viel positiveres Verhältnis zum Staat als die Menschen im Westen.

Das Reich der Mitte war nie eine Nation im modernen abendländischen Sinn. Erst im 19. Jh. u. Z. wurde es während der letzten Kaiser-Dynastie, der Qing-Dynastie, von aussen wie ein Nationalstaat im Sinne der westfälischen Ordnung behandelt. Das China der Qing-Dynastie war ein Staat, der die Völker der Han-Chinesen, die Völker der Mongolen, der Mandschu, der Hui (inkl. Uiguren) und der Tibeter umfasste. Die Idee der »chinesischen Nation« entstand erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts, und seit der Gründung der Volksrepublik besitzt China auch alle Eigenschaften eines modernen Nationalstaates. China hat vom Westen gelernt, wie man einen starken modernen Staat schafft.

Trotzdem ist der Riesenstaat mit seinen 1,4 Milliarden Menschen nicht nur ein Nationalstaat, sondern noch etwas Anderes. Dafür wird seit einiger Zeit der Begriff des »Zivilisationsstaates« verwendet.

Eine Zivilisation, wie zum Beispiel das alte Ägypten, die Induszivilisation, das

antike Griechenland, das römische Reich oder die islamische Umma, unterscheidet sich von der Kultur irgendeines Landes, wie zum Beispiel der Schweiz, dadurch, dass sie ausserordentliche und eigene historische und kulturelle Traditionen hat. Sie ist fähig, ihre eigenen Standards und Werte zu generieren und sich unabhängig von der Unterstützung oder Anerkennung durch andere zu entwickeln und dabei die eigene Identität beizubehalten. Ihre Kultur und Sprache sind von grossem Einfluss auf andere, und sie schafft einzigartige Beiträge für die Menschheit.

Was meint nun aber das Konzept des »Zivilisationsstaates«? Dazu sei eine Hypothese aufgestellt: Angenommen die Zivilisation des alten Ägypten hätte bis in die Gegenwart bestanden und wäre heute in einen modernen Staat eingebettet, dann müsste man diesen Staat als »Zivilisationsstaat« bezeichnen.

Was aber bei den genannten untergegangenen Zivilisationen aus evidenten Gründen nicht mehr der Fall ist, entspricht bei der 5000jährigen chinesischen Zivilisation der Realität von heute. Die VRCh ist das Land der Welt, in dem die längste kontinuierliche Zivilisation in einen modernen Staat eingebettet ist. Das ist historisch einmalig.

Die heutige chinesische Zivilisation ist sowohl alt als auch jung. Die VRCh ist ein Amalgam sowohl aus modernem Nationalstaat als auch aus Zivilisationsstaat. Sie kombiniert die Stärke von beiden, was die Vitalität des heutigen China ausmacht. Die herausragenden acht Merkmale des heutigen chinesischen Zivilisationsstaates sind die vier »Superfaktoren«: eine riesige Bevölkerung, ein riesengrosses Territorium, eine uralte Zivilisation, eine reiche Kultur und die vier »Einheitlichen«: eine einheitliche Ökonomie, eine einheitliche Politik, eine einheitliche Gesellschaft und eine einheitliche Sprache.

Aus dem Gesagten geht hervor, dass der heutige chinesische Diskurs um das »Wiedererstarken der chinesischen Nation« nicht in einem aggressiv nationalistischen Sinn gemeint ist, wie es China vom Westen notorisch unterschoben

wird, sondern im Sinn eines »Wiedererstarkens der chinesischen Zivilisation«.

Sowohl machtvoll als auch friedvoll

Ein eindrückliches Merkmal des chinesischen Aufstiegs in den letzten vier Jahrzehnten ist seine friedliche Natur, und zwar nach aussen wie nach innen. Der Aufstieg war im Innern mit Stabilität und Einheit verbunden und geschah im Äusseren ohne Rückgriff auf Kriege gegen andere Völker, wie es in der Vergangenheit im Westen der Fall war. Ein Blick in die Weltgeschichte zeigt, dass der Aufstieg des Abendlandes und seiner Imperien vom Reich Alexanders des Grossen über das Römische Reich bis zum British Empire und zum US-Imperium immer mit Aufruhr und Kriegen verbunden war. Die VRCh ist tatsächlich die erste Grossmacht in der Geschichte, deren Machtgewinn ausschliesslich auf wirtschaftlichen und politischen Mitteln beruht. Sonst ist der Weg zur Grossmacht immer mit Krieg, Ausplünderung, Blutvergiessen und Leid konnotiert.

Einer langen Tradition folgend hat China im Gegensatz zum Westen kein missionarisches Sendungsbewusstsein entwickelt. Es verhielt sich in seiner Geschichte aussenpolitisch im Grossen und Ganzen defensiv und war nie eine expansionistisch orientierte Macht. Im Gegensatz zum Westen hat China seinen Nachbarländern nie die eigene Kultur aufgezwungen. Die VRCh strebte und strebt keine Hegemonie an. Pro memoria: Der Aufstieg Deutschlands, der Sowjetunion und der USA war immer vom Streben nach Welthegegonie begleitet. Der chinesische Sozialismus versucht auch nicht, das westliche kapitalistische Modell in vollem Umfang herauszufordern und zu ersetzen, wie es der sowjetische Sozialismus tat.

Der Aufstieg Chinas ist in der Geschichte der Menschheit eine Abweichung von der Norm. Er geschieht sowohl macht- als auch friedvoll.

Sowohl heute als auch übermorgen

Die Politik der KPCh ist durch monumentale Langzeitziele geprägt. China hat in seiner langen Geschichte eine besondere Kulturtechnik

entwickelt: die Pflege des langen kollektiven Gedächtnisses und die Fähigkeit zu langfristigen Handeln bis weit in die Zukunft hinein. »Wer nicht für 10.000 Generationen plant, vermag nicht für eine Generation zu planen«, sagt eine chinesische Weisheit. China denkt vernetzt, ganzheitlich und kontextbezogen in langen Zeiträumen und es plant seine Politik in langen Zyklen. So hat es seit Anfang der 1980er Jahre eine 70-jährige langfristige Modernisierungsstrategie entwickelt, welche seither hartnäckig verfolgt wird. Solche Langzeitziele sind aus westlicher Sicht kaum nachvollziehbar. Sie sind aus systemischen Gründen auch nicht übertragbar.

Das chinesische Konzept der langfristigen Strategie oder Supraplanung hat der schweizerische Sinologe Harro von Senger zum ersten Mal der westlichen Leserschaft zugänglich gemacht. Die chinesische Politik ist von strategischem Denken durchdrungen. In die heutige chinesische Regierungstätigkeit fließen Tausende Jahre politischer Tradition und philosophischer Erkenntnisse. Im Gegensatz zur Politik im Westen. Der Westen lebt politisch und ökonomisch vor allem im Hier und Jetzt und aus der Hand in den Mund. Beispielgebend sind hier auch wieder die USA. Sie sind eine Nation mit einer kurzen Geschichte und einem kurzen kollektiven Gedächtnis. Man kann verallgemeinernd sagen, dass die westlichen Staaten einen kurzen konkreten Planungs- und Handlungshorizont haben, der sich nur auf einige Jahre erstreckt.

Sowohl Entfesselung als auch Bändigung der Wirtschaft

Die Welt war in den letzten vier Jahrzehnten Zeuge einer unglaublichen Entwicklung Chinas. Was in Europa 300 Jahre brauchte, geschah in China in nur 40 Jahren. Hunderte von Millionen Menschen wurden aus bitterster Armut in einen bescheidenen Wohlstand katapultiert. Das ist historisch einmalig und – ob das einem passt oder nicht – das unbestrittene historische

Verdienst der chinesischen kommunistischen Partei (KPC). Diese schöpft daraus ihre historische Legitimität.

Was für eine Wirtschaftspolitik hat diese Partei seit der Ära Deng Xiaoping inauguriert, welche die Erfolge ermöglichte? Das chinesische Wirtschaftssystem besteht sowohl aus Entfesselung als auch Bändigung der wirtschaftlichen Produktion, sowohl aus Innovation als auch aus Konsolidierung, sowohl aus staatlicher Initiative als auch aus Korrektur durch den Markt, sowohl aus Expansion des privaten Sektors als auch aus weitreichenden Reformen des grossen staatlichen Sektors, sowohl aus der Effizienz der Marktwirtschaft in der Ressourcenallokation als auch aus der Kapazität der sozialistischen Wirtschaft in der langfristigen Makroplanung.

Autoren dieses Sowohl-als-auch sind der Staat und die Partei. Sie haben die gigantischen wirtschaftlichen und politischen Reformen eingeleitet und durch ständiges Ausbalancieren trotz Turbulenzen für gesellschaftliche Stabilität gesorgt, was das prioritäre Ziel chinesischer Politik ist.

Die Zentralregierung kümmert sich um die strategische Führung in den grossen Veränderungen und sichert die Makro stabilität der Nation, während die Lokalregierungen, speziell auf Bezirksebene, das Steuerwesen, Grund und Boden – in China im Staatseigentum – und andere Politiken benützen, um Investitionen anzuziehen und lokale Arbeitsplätze und Wohlstand zu generieren. Die Tatsache, dass sowohl die Zentralregierung als auch die Lokalregierungen treibende Motoren der Wirtschaft sind, wobei die letzteren in einer gewissen Konkurrenz zueinander stehen, ist ein wichtiger Grund für das chinesische Wunder. Ein Sowohl-als-auch, das wiederum eine lange chinesische Tradition hat.

China nennt sein System »Sozialismus chinesischer Prägung«. Dieser hat einen systemischen Vorteil gegenüber den Staaten des kapitalistischen Westens. Der Vorteil zeigt sich exemplarisch in der chinesischen Industrie- und Innovationspolitik.

Die Regierung kann, im Gegensatz zu den westlichen Regierungen, eine langfristige Industriepolitik betreiben. Diese gilt als agil, flexibel und innovativ, denn sie besteht aus einer Interaktion sowohl von Regulierung als auch von Deregulierung; sowohl aus einem flexiblen Umgang mit Quotenschutz zugunsten der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) als auch aus einer Förderung zugunsten der grossen Konzerne; sowohl aus einer politischen Unabhängigkeit der grossen Konzerne als auch aus einer Dominanz der staatlichen Politik ihnen gegenüber. China zeigt, wie Marktwirtschaft in der Tat funktionieren kann: als flexibler Anpassungsprozess an das, was die Menschheit braucht. Es scheint, als habe China die Marktwirtschaft in vielem besser verstanden als der heutige Westen (W. Elsner). Das wirtschaftspolitische Sowohl-als-auch löste eine ökonomische und gesellschaftliche Dynamik aus, die ihresgleichen sucht.

Die chinesische Führung ist darin geübt, pragmatisch und induktiv und in konfuzianischer Tradition von den »Tatsachen« auszugehen und in dialektischer Einheit sowohl von Theorie als auch von Praxis zu handeln. Ihr Wirtschaftsmodell ist pragmatisch und experimentierfreudig nach dem Prinzip »Trial-and-Error«, der Methode Probleme zu lösen, indem so lange Lösungsmöglichkeiten versucht werden, bis das gewünschte Ergebnis gefunden ist. Deng Xiaoping benützte dafür das alte chinesische Sprichwort: »Den Fluss überqueren, indem man sich auf den Steinen vortastet.« China hat so nicht nur ein ökonomisches Wunder geschaffen, sondern vielleicht auch noch einige Wahrheiten neudefiniert, die der Westen für sakrosankt hielt.

Der »Sozialismus chinesischer Prägung« sei ein System sui generis, ein System eigener Art, für das es bisher kein Analysemodell gäbe, meint Yukon Hunang, ehemaliger Chef der Weltbank. Er sei sowohl eine nicht-eurozentristische Antwort auf die Frage der sozialistischen Transformation eines Entwicklungslandes als auch die Antwort auf die zentrale Frage, wie vier Fünftel der Menschen aus einer seit 300 Jahren

dauernden kolonialen und neokolonialistischen Abhängigkeit befreit werden können. Mein chinesischer Freund und Kollege Zhang Weiwei, Direktor des China-Instituts an der Fudan Universität in Shanghai, nennt das chinesische System bescheiden »das am wenigsten schlechte Modell«. Weniger bescheiden meint er an einem anderen Ort, dass das heutige China wohl das weltweit grösste Laboratorium für politische, ökonomische, soziale und gesetzliche Reformen sei.

Sowohl Ökonomie als auch Kultur

In China findet seit der Ära Xi Jinping eine grosse Debatte über den politischen Stellenwert der Kultur statt, beziehungsweise über die philosophischen und ethischen Werte, die moralischen Haltungen und die Tradition. Die KPCh betont, dass Kultur bei der Transformation einer Gesellschaft eine zentrale Rolle spiele, insbesondere für die Stabilität und Harmonie. Nur kulturell starke Staaten könnten stabile Staaten sein.

China hat aus den Erfahrungen in den Jahrzehnten der »Reform und Öffnung« gelernt. Dabei geht es um die Strapazen, welchen die chinesische Gesellschaft durch die marktorientierten ökonomischen Reformen und die Öffnung gegenüber dem Westen ausgesetzt war. Gemeint ist der negative Einfluss der westlichen kapitalistischen Kultur: überbordender Individualismus, egozentrische Werte, grassierender Nihilismus, Perspektivlosigkeit der Jugend, Vereinsamung, Drogensucht, moralischer Zerfall.

Die chinesische Antwort darauf liegt in der eigenen Kultur. China kann aus seinen eigenen unabhängigen Denktraditionen und aus den reichsten kulturellen Ressourcen der Welt schöpfen. Die Förderung des Selbstvertrauens in die eigene Kultur und die Aktivierung ihres Potentials wurde zu einem wichtigen Moment in der Ära Xi Jinping.

Als Anker der gesellschaftlichen Stabilität erwiesen sich zwei Institutionen, welche in der konfuzianischen Tradition einen sehr hohen Stellenwert haben: die Familie als

gesellschaftliches Auffangnetz und der Staat in seiner Funktion als fürsorgliche Institution.

Der Umgang mit der eigenen Kultur wurde zu einem der Merkmale des »Sozialismus chinesischer Prägung«. Es unterscheidet ihn vom sowjetrussischen Sozialismus.

In der UdSSR hatte die Debatte über die Kultur nicht eine so wichtige Funktion wie in der VRCh. Der Enthusiasmus der revolutionären Anfängerjahre machte in der Sowjetunion der Ernüchterung durch den grauen Alltag einer planwirtschaftlichen Orthodoxie Platz. Aus einer neu geschaffenen ökonomischen Basis leitete sich nicht mechanisch eine neue und starke Kultur ab, vor allem dann, wenn gleichzeitig die traditionelle Kultur mit ihren Ressourcen negiert und grösstenteils ausgelöscht wurde. Dieses kulturelle Manko sollte für die Sowjetunion verhängnisvolle Spätfolgen haben. Es war einer der Gründe für die Implosion des sowjetrussischen Sozialismus.

Sowohl Moderne als auch Tradition

In China reicht sehr viel Vergangenheit in die Gegenwart und Zukunft hinein. Heute pflegt die VRCh neben dem selbstbewussten Umgang mit der abendländischen Moderne einen ebenso selbstbewussten Rückgriff auf ein über Jahrtausende tradiertes Wissen. Die Dialektik des Yin-Yang-Denkens, die auch in Mao Zedongs Formel »zwei zu einem vereinen« mündete, dürfte dazu beigetragen haben, dass das moderne China den ebenfalls dialektischen westlichen Marxismus zu seiner Hauptdoktrin erheben konnte und dass es heute den Konfuzianismus damit verbinden kann, was in China »Sinisierung des Marxismus« genannt wird. Eines der verbindenden Elemente der beiden Doktrinen ist das konfuzianische Diktum, dass die »Wahrheit in den Tatsachen« zu suchen sei und dass darin das prioritäre Erkenntniskriterium bestehe. Die chinesische philosophische Tradition ist pragmatisch und verfügt über einen ausgeprägten Realitätssinn. Vernünftiges und faktenbasiertes Handeln hat in China Tradition. Der westliche Marxismus

steht ebenfalls in einer rational-analytischen Tradition. Zumindest beansprucht er, in seinen Analysen von den Fakten der ökonomischen Basis und des politischen Überbaus auszugehen.

Seit den 2010er Jahren findet in der VRCh sowohl eine Betonung des Marxismus als auch eine Renaissance der klassischen chinesischen Philosophie statt. China knüpft in der Ära Xi Jinping in bisher nicht gekannter Art an das klassische chinesische Denken an.

Mit der Tradition kann China offensichtlich besser umgehen als der Westen. Dort führten die zweieinhalb Jahrhunderte der industriell-wissenschaftlichen Revolutionen und der Modernisierung zu einer starken und fortlaufenden Abwertung und Verdrängung der Vergangenheit und des Gestern. Es kam selten zu einem fruchtbaren Verhältnis von Moderne und Tradition, sondern es herrschte und herrscht bis heute ein Entweder-oder.

In der Verbindung sowohl von Gegenwärtigem als auch von Altem spielte und spielt China gleichzeitig auf zwei mentalen Klavaturen und es weiss damit umzugehen. Es hat sich die Instrumente des kapitalistischen Westens angeeignet, ohne zu verwestlichen. Es hat vom Westen gelernt, die individuellen Rechte und Freiheiten auszudehnen und es hat gleichzeitig an seiner Tradition der Harmonie in der Familie und der kollektiven Rechte festgehalten. Die Kombination beider macht, dass die Gesellschaft dynamischer und kohärenter ist als die westlichen. Ein anschauliches Beispiel für die Symbiose von Moderne und Tradition ist auch das Gesundheitswesen, beziehungsweise das Sowohl-als-auch von moderner Hightech-Medizin und chinesischer traditioneller Medizin (TCM).

Das Sowohl-als-auch macht das chinesische politische System widerstandsfähig und ist ein Schlüssel für die Modernisierung der chinesischen Zivilisation.

Sowohl Freiheit als auch Überwachung

Exemplarisch für das chinesische Sicherheitsverständnis ist das im Westen vielgeschmähte

sogenannte Sozialkredit-System (SCS), das heisst die extensive Handhabung von Big-Data auf verschiedenen Ebenen der alltäglichen inneren Sicherheit in der Volksrepublik. Es ist hier nicht der Ort für eine eingehende Darstellung und Kritik des sozialistischen chinesischen Sozialkredit-Systems und für einen Vergleich mit dem westlichen digitalen Überwachungskapitalismus.

Nur so viel: Der letztere hat die digitalen Daten zu einer zentralen privaten Ware gemacht, mit der ohne Rücksicht auf die Privatsphäre der Datensubjekte Profit erwirtschaftet wird. Die westlichen Big-Five haben ein gigantisches privates Kultur- und Machtinstrument aufgebaut. Die Zusammenarbeit mit staatlichen Militär- und Sicherheitsdiensten ermöglichte den Aufbau eines riesigen Überwachungssystems, das die bürgerliche Demokratie erodiert.

Das chinesische Sozialkredit-System ist ein Instrument des Regierens (Governance). Es ist durch Grossflächigkeit und durch Verstaatlichung der immensen digitalen Datensätze gekennzeichnet. Die staatlichen Unternehmen sowie die staatliche Verwaltung unterliegen ebenfalls der öffentlichen Kontrolle durch das Sozialkredit-System, was eine gewisse Transparenz ermöglicht. Wie die westliche Big-Data greift das chinesische System auch in die Privatsphäre der Datensubjekte, beziehungsweise der Bürgerinnen und Bürger ein.

Die Digitalisierung und Erfassung des chinesischen Alltags durch Sozialkredit-System sind ein gross angelegtes Experiment, dessen definitive Ausgestaltung noch aussteht. In dem traditionell grossen Harmonie- und Sicherheitsbedürfnis der Chinesinnen und Chinesen stösst es auf grosse Akzeptanz, eine Tatsache, die im Westen ungläubig zur Kenntnis genommen wird. Das Mehr an Sicherheit und Transparenz wird offensichtlich geschätzt und die partielle Einschränkung der individuellen Freiheit in Kauf genommen. Die Digitalisierung des chinesischen Alltags ist ein Sowohl-als-auch von Freiheit und Überwachung.

Sowohl Demokratie als auch Diktatur

Im üblichen China-Bashing der letzten Jahre wird die VRCh als »autokratisches oder diktatorisches Regime« und Staatspräsident Xi Jinping als »Autokrat« und »Diktator« beschimpft. China entgegnet darauf in stoischer Gelassenheit, dass Demokratie ein universaler Wert sei, das westliche demokratische System aber nicht universell sei. Es kritisiert den eurozentrisch westlichen Allgemeingültigkeitsanspruch mit seiner in der europäischen Geschichte wurzelnden liberalen Demokratie. Diese sei wohl nur eine Episode in der langen Menschheitsgeschichte. Die Demokratie der USA sei machtlos gegenüber der überwältigenden Macht des Kapitals, beziehungsweise von Wallstreet & Co und sie sei eine limitierte Form der Demokratie; sie repräsentiere nicht die Mehrheit der Bevölkerung und sei im Wesentlichen ein System, in dem die jeweiligen Eliten um die Macht kämpften und sich in der Regierungsausübung abwechselten. Das System der sogenannten Checks and Balances funktioniere nur unter idealen Bedingungen und sei schwach bis inexistent. Kein Wunder spreche man überall im Westen von der Krise der Demokratie, beziehungsweise von einem noch nie dagewesenen Vertrauensverlust in die Demokratie.

Wie steht es nun mit der chinesischen Demokratie? In der chinesischen Verfassung heisst es in Artikel 1 über das Staatssystem: »Die VRCh ist ein sozialistischer Staat unter der demokratischen Diktatur des Volkes«. Was sofort ins Auge fällt, ist, dass hier im Unterschied zu den marxistischen Klassikern die befristete Übergangsperiode zum Sozialismus nicht eine »revolutionäre Diktatur des Proletariats«, also eine Klassendiktatur genannt wird, sondern eine demokratische Volksdiktatur. Der Unterschied ist essentiell. Demokratie und »Diktatur des Volkes« sind ein Sowohl-als-auch. Um dieser Dialektik auf die Spur zu kommen, gehen wir der Frage der Repräsentativität und Legitimität der Regierungen nach.

US-amerikanische und andere westliche Umfragen haben ergeben, dass 2022 die

Zustimmung der chinesischen Bevölkerung zur Zentralregierung rekordverdächtige 91 Prozent beträgt. 2020 rangierte China mit 93 Prozent als das glücklichste Land der Welt. Eine Umfrage der Harvard Kennedy School kommt zum Schluss, dass der chinesische Staat mehr Legitimität besitzt als jeder westliche Staat. Der ehemalige Schweizer Botschafter in Beijing, Uli Sigg, folgert aus eigener Erfahrung, dass der Westen es bei der VRCh mit einem Staat zu tun habe, dessen Führung sich auf eine eindeutige Mehrheit des Volkes stützen könne. Er führt das darauf zurück, dass Partei und Regierung sich um eine »intensive Interaktion mit dem Staatsvolk« bemühen, um den Volkswillen zu ermitteln. Dabei spielt dessen Erfassung durch Big Data eine wichtige Rolle. Wünsche und Bedürfnisse der Menschen spielen im chinesischen System eine viel grössere Rolle, als viele Menschen im Westen glauben.

China hat ein kompliziertes politisches Entscheidungsverfahren, das »Demokratie des Volkes im Prozess« genannt wird. Eine politische Wendung, die sehr daoistisch klingt!

Es gibt verschiedene Komponenten der chinesischen Demokratie – mehr als im Westen. So gab es im Jahr 2021 auf fünf staatlichen Ebenen Volkskongresse (= Parlamente) mit insgesamt 2,62 Millionen Delegierten.

Die entscheidende Komponente der Volksherrschaft ist aber die Kommunistische Partei. Laut Verfassung ist die »Führung durch die KPC« das »grundlegende Merkmal des Sozialismus chinesischer Prägung«. Die Führung ist nicht ein für alle Mal gegeben, sondern muss immer wieder von neuem erkämpft, das heisst durch das Volk legitimiert werden. Ohne die Legitimierung hätte die chinesische Führung nicht einen Hauch von Chance. Das sagt übrigens die Führung von sich selbst.

Die Legitimierung beruht auf zwei traditionellen konfuzianischen Schlüsselkonzepten des Regierens. Das eine Konzept steht in der konfuzianischen Tradition der »Meritokratie« (= Auswahl nach besonderen Verdiensten). Das kaiserliche Prüfungssystem von Beamten (chin.: Keju), die älteste

meritokratische Institution der Welt, zielte darauf ab, hochbegabte Talente auszuwählen, mit denen eine in Europa nie erreichte Qualität von gutem Regieren gesichert werden konnte. In dieser Tradition bemüht sich das heutige China um die Selektion der Kader in Regierung und Partei. Die Anforderungen sind im Vergleich zu westlichen Regierungen sehr hoch, wo es nichts ausmacht, ob telegene Filmstars, Spitzensportler oder sonstige Selbstdarsteller in die wichtigsten Regierungsämter gewählt werden.

Das andere konfuzianische Konzept, das von der KPC hochgehalten wird, besteht darin, »die Herzen und Köpfe des Volks zu gewinnen«. Ohne eine stark verwurzelte demokratische Basis in der Bevölkerung, ohne die Eroberung der »Herzen und Köpfe«, hätte die Legitimierung der Macht der Partei wie gesagt keine Chance. Es gilt aber auch der Umkehrschluss: Ohne die Macht der Partei gäbe es im Riesengebilde der VRCh keine Demokratie. Die KPC ist mit ihren fast 100 Millionen Mitgliedern (ca. 7 Prozent der Gesamtbevölkerung) die umfassende Klammer, welche das chinesische Riesereich mit seinen 1,4 Milliarden Menschen überhaupt erst zusammenhält und ein staatliches und demokratisches Miteinander ermöglicht.

Die KPC ist nicht eine politische Partei im westlichen Sinn, die Gruppeninteressen vertritt, sondern ganz in konfuzianischer Tradition ein vereinheitlichendes und vereinheitlichtes Herrschaftsgebilde, eine Partei sui generis, die auf Grund ihrer geschichtlichen Legitimierung und ihrer Verankerung in der Bevölkerung für sich in Anspruch nimmt, die grosse Mehrheit des chinesischen Volkes zu vertreten. Die erwähnten westlichen Umfragen scheinen diesen Anspruch zu bestätigen.

Wenn die genannten Elemente des guten Regierens fehlen, verlieren die Herrscher »das himmlische Mandat«, wie es im alten China hiess. Und das gilt auch heute noch.

Die bisherigen Ausführungen machen deutlich, dass die »demokratische Diktatur des Volkes« ein komplexer Willensbildungsprozess

ist, der wenig mit einer »Autokratie« oder »Diktatur« im Sinn des westlichen Sprachgebrauchs zu tun hat. Francis Fukuyama, der liberale US-amerikanische Autor von »Das Ende der Geschichte«, meint lapidar: »Die US-Demokratie hat China wenig zu lehren.«

Das politische Entscheidungsverfahren zwischen den verschiedenen chinesischen Akteuren und Gewalten unterscheidet sich von demjenigen in den westlichen Demokratien. Die »Rechtsstaatlichkeit chinesischer Prägung« unterscheidet sich von der westlichen: Sie ist jung und in einem ständigen Prozess der Anpassung begriffen, während die westliche angesichts der übergreifenden Macht des Kapitals oft ausgehebelt und von politischen Kräften in Frage gestellt wird.

Sowohl Stärken als auch Schwächen

Die wichtigsten Stärken und Vorteile des heutigen chinesischen Systems zeigen sich zusammengefasst in Folgendem: Aufgrund der Zentralisierung der Macht und der Existenz eines klaren Machtzentrums, das heisst der KPCh und der Zentralregierung, besitzt die VRCh sehr effiziente Entscheidungsprozesse. Die Existenz einer klaren Machtstruktur begünstigt die Ausarbeitung und Umsetzung von gesamtgesellschaftlich ausgerichteten Entwicklungsstrategien, die Fokussierung auf prioritäre Aufgaben und die Konzentration von gesellschaftlichen Ressourcen. Das System erlaubt die Koordinierung unterschiedlicher Interessen, was auch in schwierigeren Zeiten zur Bewahrung der sozialen Stabilität beiträgt. Die dauerhafte und stabile Existenz des chinesischen Machtzentrums ermöglicht eine Planung und Entwicklung über längere Zeiträume. Diese Stärken sind einer der Schlüssel für den Erfolg des heutigen China.

Aber: Die Vorteile beinhalten sowohl Stärken als auch Schwächen. Stark zentralisierte Machtstrukturen weisen Widersprüche und Unzulänglichkeiten auf. Stärken und Schwächen sind die beiden Seiten der Medaille.

Die Schwächen oder Herausforderungen des zentralistischen Machtssystems könnte man

in folgendem Komplex von Fragen zusammenfassen: Wie schafft es die KPCh, erstens den Staat ständig an die Erfordernisse der Entwicklung der wirtschaftlichen Produktion, beziehungsweise der Produktivkräfte anzupassen und zweitens Innovation und Entwicklung durch den Staat zu initiieren? Wie geht die Partei mit Bürokratismus um? Wie garantiert das zentralistische Machtssystem genügend Rotation in der Führung und die Repräsentierung einer möglichst breiten gesellschaftlichen Basis? Wie kommt es im Apparat zu genügend Durchlässigkeit? Wie ist das System zur Selbstkritik und zur Selbstkorrektur fähig? Kurzum: Wie gelingt es der zentralen Führungsgruppe, die ja über einen längeren Zeitraum an der Macht ist, sich zu erneuern und den Draht zu den Bevölkerungsmassen des 1,4 Milliardenvolkes aufrecht zu erhalten?

Bei der Beantwortung dieser Fragen ist es für eine politische Führung hilfreich, wenn ihr Blick konfuzianisch geschult ist, das heisst, wenn sie die Doppelseitigkeit der Dinge ständig vor Augen hat, ein wachsames analytisches Bewusstsein und ein realistisches Verständnis für die Stärken und Schwächen des Systems hat, wenn sie die eigenen Unzulänglichkeiten kennt und die Schwächen frühzeitig erkennt und permanent Reformschritte unternimmt, um die Vitalität und Effizienz des Systems und seiner Institutionen aufrechtzuerhalten und deren Anpassungsfähigkeit zu steigern.

Die Probleme, mit denen China heute konfrontiert ist, sind für die Führung eine grosse Herausforderung. Nach eigenen Angaben sind es unter anderem folgende: die Korruption im Regierungs- und Parteiapparat; die grosse Einkommensschere zwischen arm und reich; die Entwicklungsdisparität zwischen Stadt und Land und zwischen dem Osten und dem Westen Chinas; die Durchsetzung der notwendigen Umlenkung von Neuinvestitionen in innovative und produktivere Sektoren der Wirtschaft, weg vom aufgeblasenen Immobilienmarkt; die einbrechende Geburtenrate; die wachsenden Anstrengungen gegen die Eindämmungsversuche des kollektiven Westens.

Die Haltung der Führung in der Lösung dieser Probleme ist typisch chinesisch: Sie werden als Gelegenheiten für mehr und bessere Entwicklung behandelt.

Sowohl Denken als auch Handeln

Ein Charakteristikum des lernfreudigen China und ebenso der KPCh ist die in der konfuzianischen Tradition wurzelnde Fähigkeit, die »Wahrheit in den Tatsachen« zu suchen und das Handeln danach auszurichten. Darin besteht im Konfuzianismus wie schon erwähnt das prioritäre Erkenntniskriterium. Gemäss dem klassischen »Buch des Grossen Lernens« (chin.: Daxue) müssen »lernen« und »wissen« mit der »Übung« und dem »Handeln« in der konkreten Lebenspraxis verknüpft werden. Nur durch »lernen und sich immer wieder darin üben« kann wahre Erkenntnis erlangt werden, welche als Handlungs-Kompass taugt. Der Kompass wiederum muss sich in der Praxis bewähren und durch die Tatsachen justieren lassen. Wissen und Handeln befinden sich in einem ständigen Wandel.

In der langen philosophischen Tradition Chinas führt mit anderen Worten nur die Einheit von Denken und Handeln, beziehungsweise von Theorie und Praxis zu wahren Wissen.

Im abendländischen Denken, auch in linken Theorien und Utopien, klaffen Theorie und Praxis im Alltag oft meilenweit auseinander. Das hängt mit der metaphysischen, anti-pragmatischen Tradition zusammen. Stichwörter dazu sind: die platonische Idealwelt – die christliche Transzendenz, beziehungsweise das paradisische Jenseits – die traditionelle westliche Subjektphilosophie, welche alle die herrschende Rolle des Geistes über den Körper und die Materie betonen.

In dieser Tradition sind Ziele, Ideale und Konzepte prioritär. Mit ihnen soll die Realität geformt und allenfalls umgekrempelt werden. Das kann den Blickwinkel einengen und ist der Einheit von Denken und Handeln nicht förderlich. Die Menschen im Westen sind auch heute an einen logischen Deduktionsprozess gewöhnt,

der sich von Konzept zu Konzept bewegt. Diese Art des Vorgehens scheitert immer wieder am Widerspruch zwischen Theorie und Praxis, beziehungsweise an abstrakten Utopien.

Die chinesische Führung befindet sich gegenüber dem Westen in einer komfortablen Ausgangslage: Sie ist darin geübt, pragmatisch und induktiv von den »Tatsachen« auszugehen und in dialektischer Einheit sowohl von Theorie als auch von Praxis zu handeln. Ihr Wirtschaftsmodell ist pragmatisch und experimentierfreudig nach dem Prinzip »Trial-and-Error«, der Methode Probleme zu lösen, indem so lange Lösungsmöglichkeiten versucht werden, bis das gewünschte Ergebnis gefunden ist. Deng Xiaoping benützte dafür das alte chinesische Sprichwort: »Den Fluss überqueren, indem man sich auf den Steinen vortastet.« China hat so nicht nur ein ökonomisches Wunder geschaffen, sondern vielleicht auch noch einige Wahrheiten neudefiniert, die der Westen für sakrosankt hielt.

Sowohl Deng Xiaoping als auch Mao Zedong

In den westlichen Medien ist die Frage beliebt, wohin das Pendel in der Ära Xi Jinping ausschlägt. In eine gänzlich andere Richtung als unter Deng Xiaoping? Schreitet Xi Jinping in den Fusstapfen von Mao Zedong? Die Antwort lautet: weder noch! Das Dreigestirn Mao-Deng-Xi steht für den dialektischen Weg des »Sozialismus chinesischer Prägung«.

Die Ära Mao Zedong steht für die erfolgreiche antikoloniale nationale Revolution. Sie steht für die ersten, zum Teil auch mit grossen Irrtümern und Opfern verbundenen Schritte zum Sozialismus und für die ideologische Selbstständigkeit. In China nennt man sie das »Aufstehen des Landes«.

Die Ära Deng Xiaoping steht für die nachholende wirtschaftliche Entwicklung, die Öffnung Chinas für die kapitalistische Welt, den Sieg über den Hunger, den Aufstieg zur grössten wirtschaftlichen Weltmacht. In China nennt man sie das »Reichwerden des Landes«.

Xi Jinping ist in einer Zeit Generalsekretär der KPCh geworden, in der es in den sogenannten »fünf ungewohnten Jahren« von 2012 bis 2017 eine doppelte Gefahr zu überwinden galt: die »linke Gefahr« einer Mao-Nostalgie und einer Ablehnung der Politik der »Reform und Öffnung« und die »rechte Gefahr« einer Ablehnung des Sozialismus.

Die Ära Xi Jinping ist ein Sowohl-als-auch der beiden vorherigen Ären. Zwei zu einem vereinen! Sie steht sowohl für weitere Reformen und Öffnung für den Westen als auch für ideologische Erneuerung des gesellschaftlichen und politischen Systems. Sie steht für die »Modernisierung chinesischer Prägung« und für den Schritt Chinas zur respektierten Weltmacht. In China nennt man sie das »Mächtigwerden des Landes«.

Nachwort

Am Anfang dieses Essays beklagten sich die Beamten am chinesischen Kaiserhof über die ausländischen Abgesandten, weil diese »fremden Teufel« die Dinge in China nicht verstünden. Wieso eigentlich »Teufel« und nicht einfach nur »Fremde«? Nun, im 19. Jahrhundert u. Z. fügten die europäischen Imperialisten und Kolonialisten dem chinesischen Volk während Jahrzehnten unsägliche Gräueltaten zu. China spricht von den schmerzvollen »Hundert Jahren der Demütigung«. Das Abendland zeigte eine teuflische Fratze. Alles geschah aus Gründen der kapitalistischen Expansion und im Namen der höheren abendländischen Zivilisation und der kolonialistischen Kultivierung der »gelben Barbaren«. Das hatte Tradition: Schon der deutsche idealistische Philosoph Immanuel Kant hatte bei all seinem Wohlwollen gegenüber China die »weisse Rasse« gegenüber der »gelben Rasse« als überlegen eingestuft.

Und heute? Seit ihrer Gründung 1949 predigt der Westen den Chinesinnen und Chinesen den Liberalismus, den freien Markt und westliche Demokratie und Menschenrechte. Gleichzeitig profitierte er während Jahrzehnten vom Import

von Billigprodukten seiner nach China ausgelagerten Produktion; er profitierte auch von der Auslagerung der ökologischen Schäden nach China.

Heute aber, wo China in die technologische, wirtschaftliche und ökologische Weltspitze vorgestossen ist, wo es konkurrenzlos gute Hightech- und KI-Produkte und E-Autos auf den westlichen Märkten absetzt, wo es eine ebenbürtige politische Macht geworden ist und wo es für die Völker des globalen Südens eine attraktive Alternative geworden ist, jetzt ist China aus der Sicht des Westens eine Angst machende Bedrohung. Der verunsicherte Westen reagiert mit Arroganz und Aggression, entfacht einen illiberalen protektionistischen Wirtschaftskrieg und führt einen kalten Krieg gegen die zum systemischen Gegner erklärte VRCh.

Wieder stehen westliche Emissäre vor den Toren Chinas, wieder mit bedrohlichen Kanonenbooten und neu mit einer Kette von gefährlichen Raketenbasen unweit des chinesischen Territoriums. Nicht auszudenken, was geschehen würde, wenn China dasselbe an den US-amerikanischen Grenzen tun würde!

Der kollektive Westen tauschte seine liberale, marktoffene und demokratische Schönwettermaske gegen eine Sturmmaske aus. Die »fremden Teufel« haben die Dinge in China immer noch nicht verstanden.

Ich möchte den Essay mit einer positiven Aussage schliessen, indem ich nochmals Zhang Weiwei zitiere: »Chinas System und seine Methoden mögen nicht unbedingt auf andere Länder übertragbar sein, aber die in ihnen steckenden (konfuzianischen) Ideen wie ›die Wahrheit in den Tatsachen suchen‹, ›Primat des Wohlergehens des Volkes‹, ›harmonische Entwicklung‹, ›schrittweise Veränderung nach dem Trial-and-error Verfahren‹ und ›ganzheitliches dialektisches Denken‹ mögen wohl viele andere Länder und Völker der Welt inspirieren.« Chinas Aufstieg führte zu einem neuen politischen Diskurs, der in der Tat viele westliche Annahmen betreffend Demokratie, gutes Regieren und Menschenrechte relativiert oder in Frage stellt.

Kalter Frieden mit Russland/ Kalter Krieg mit China

Trumps außenpolitische Agenda

C.J. Atkins¹, in Peoples' World, New York, February 21, 2025

Trump bezeichnete Präsident Wolodymyr Selenskyj als »Diktator« und rügte ihn Anfang der Woche, weil er keine Wahlen abgehalten habe. Er sagte, der ukrainische Staatschef wolle nur, dass der »bequeme Zug« mit US-Geldern weiter rollt, und beschuldigte ihn, den Krieg mit Russland begonnen zu haben. Von Wladimir Putin hieß es hingegen, er sei dem »gesunden Menschenverstand« verpflichtet. Das Weiße Haus erklärte, er sei jemand, mit dem Trump »sehr eng zusammenarbeiten« könne.

Das ist ein großer Unterschied zu dem, was noch vor wenigen Monaten geschah, als ein anderer US-Präsident Selenskyj als »mutigen und entschlossenen« Verteidiger der Demokratie bezeichnete und Putin als »Kriegsverbrecher« anprangerte.

Diese dramatische Kehrtwende ist nur das jüngste Beispiel für die Kehrtwende der US-Außenpolitik in den letzten Wochen – eine Kehrtwende, die Verwirrung und Fassungslosigkeit auslöst, da 80 Jahre imperialer US-Strategie scheinbar über Bord geworfen werden.

In Europa beschimpfte Vizepräsident J.D. Vance vor kurzem die politischen Führer, weil sie nicht mit Faschisten zusammenarbeiten, und leitete damit das ein, was ein Kommentator als »die Eröffnungssalve in einem transatlantischen Scheidungsverfahren« bezeichnete. Er brüskierte den deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz, als sich Trumps Vizepräsident stattdessen mit Alice Weidel traf, der Vorsitzenden

der neonazistischen Partei Alternative für Deutschland.

Außenminister Marco Rubio und Pentagon-Chef Pete Hegseth signalisierten letzte Woche in München einen Rückzug aus der NATO, dem »größten Militärbündnis der Geschichte«, wie die Zeitschrift Foreign Policy schreibt, und gaben »China und Russland, was sie schon lange anstreben: eine multipolare Welt.« (Als ob das etwas wäre, was US-Beamten übergeben könnten.)

All dies kommt zu den Drohungen mit einem Zollkrieg gegen einige der engsten Handelspartner der USA, zu den Erklärungen, dass Kanada und Grönland annektiert werden sollen, und zu dem Druck auf Panama und andere lateinamerikanische Länder, die Beziehungen zu China zu kappen, und ähnlichem hinzu.

Wenn man einigen demokratischen Funktionären und liberalen Kommentatoren in den Konzernmedien zuhört, ist es wie 2016. Die ehemalige Außenministerin Hillary Clinton hat ihren Vorwurf, Trump sei »Putins Marionette«, wiederbelebt. Obamas ehemaliger NATO-Botschafter Ivo Daalder behauptet, der Präsident habe »Putins Reden übernommen« und mache »Russland wieder groß«. Die Schlimmsten in diesem Milieu gehen weiterhin mit simplen Behauptungen über Trumps Bewunderung für starke Männer oder mit konspirativen Behauptungen über russische Erpressung und kompromittierendes Material hausieren.

1 C.J. Atkins ist leitender Redakteur bei People's World. Er hat an der York University in Toronto in Politikwissenschaft promoviert und forscht und lehrt auf dem Gebiet der politischen Ökonomie und der Politik und Ideen der amerikanischen Linken. Arbeitsübersetzung: Ulrich Schneider.

Verunsichert und konfus

Aber dies ist nicht nur eine Geschichte zwischen Demokraten und Republikanern, wenn es um die Interpretation der Ereignisse geht. Die Neocons in der GOP (Republikaner), die sich genauso für die von den USA dominierte Weltordnung eingesetzt haben wie alle Demokraten, sind von der außenpolitischen Revolution der Regierung benommen und manchmal unsicher, wie sie reagieren sollen. Das alles ist ein Zeichen für Trumps noch immer andauernde Umgestaltung seiner Partei.

Senator John Kennedy (Republikaner aus Louisiana), ein Trump-Loyalist, wenn es um fast alle innenpolitischen Prioritäten des Projekts 2025 geht, war mit der Haltung seines Parteiführers zur Ukraine nicht einverstanden. Er erklärte, Putin habe »den Geschmack von Stalins Blut« und äußerte sich skeptisch über Verhandlungen. Senator Thom Tillis (R-North Carolina) der diese Woche von einem Massengrab in der Ukraine zurückkehrte, sagte, jede Resolution, die Putin das Gefühl gebe, er habe gewonnen, sei eine schlechte Idee. Andere – darunter Falken wie die Senatoren Mitch McConnell (R-Kentucky.), Roger Wicker (R-Mississippi) und Joni Ernst (R-Iowa) – haben sich geweigert, überhaupt auf Fragen der Medien zu antworten, offenbar betäubt von dem Schleudertrauma, das Trump ihnen zugefügt hat.

Auch unter der liberalen und progressiven Basis der Trump-Gegner herrscht ideologische Verwirrung, da einige derjenigen, die normalerweise die US-Außenpolitik kritisieren, die alte imperiale Ordnung verteidigen.

Bei einer Anti-MAGA-Demonstration in dieser Woche ließen Demonstranten beispielsweise antikommunistische Parolen aus dem Kalten Krieg wieder aufleben und trugen Schilder mit der Aufschrift »Deport Comrade Trump« und »Deport Comrade Musk«.

Dieser Autor stieß am Donnerstag auf Facebook-Posts zweier ehemaliger sozialistischer Aktivisten, die erklärten: »Geh zurück nach

Russland, Donald« und »Er ist Putins Agent«. Einer der beiden schrieb sogar: »Man muss die NATO-Hegemonie der spektakulären destabilisierenden, zerstörerischen Gefahr« von Trump und Co. vorziehen.

Wie sollten Friedensaktivisten und Gegner des US-Imperialismus diese scheinbar aus den Fugen geratene Welt interpretieren? Es besteht ein großer Druck, zu dem Schluss zu kommen, dass die Dinge einfach so chaotisch und unvorhersehbar sind, dass man nur abwarten müsse, was passiert; es sei alles nur ein Chaos, das von einem Verrückten im Weißen Haus verursacht werde. Trumps ehemaliger Nationaler Sicherheitsberater John Bolton beispielsweise sagte dem Wall Street Journal am Donnerstag, dass Trump keine kohärente Ideologie habe, schon gar nicht eine, die in der Lage sei, die bestehende Weltordnung zu zerstören. Bolton ist ein Neokonservativer der Sorte Irak-Krieg und hat sich gegen seinen alten Chef gewandt. »Das ist nur die Ansicht eines Mannes«, sagte er über Trumps Angriffe auf die unipolare Welt. »Beißt einfach die Zähne zusammen« und erträgt es, bis er weg ist.

Eine tiefere Analyse des ideologischen Universums, in dem die Trump-Administration agiert, legt jedoch nahe, dass die gegenwärtigen außenpolitischen Veränderungen – ähnlich wie der Handelskrieg – weder ohne Vorbild sind, noch beweisen sie, dass der Präsident ein russischer Agent ist. Sie sind der Beweis für eine Spaltung innerhalb der herrschenden Klasse in den USA, die offen zutage getreten ist. Im Zentrum dieser Spaltung stehen Meinungsverschiedenheiten darüber, wie die langfristige Krise des US-Kapitalismus gelöst und Chinas Aufstieg in der Weltwirtschaft begegnet werden soll.

Nur Trump kann nach Russland gehen

In Bezug auf den aktuellen Fall – Trumps Annäherung an Russland – ist es plausibel zu argumentieren, dass eine umgekehrte Kissinger-Strategie im Gange ist: eine »Trump geht nach

Russland«-Version von »Nixon geht nach China«.

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren beobachtete der Außenminister von Präsident Richard Nixon, Henry Kissinger, die Spaltung zwischen der Sowjetunion und China, den beiden größten sozialistischen Mächten der Welt, sehr genau. Ideologische Meinungsunterschiede, Grenzstreitigkeiten und andere Fragen hatten zu Spannungen zwischen den Verbündeten geführt. Kissinger erkannte, dass die UdSSR und China, sollten sie jemals in der Lage sein, ihre Differenzen beizulegen, eine ernsthafte Bedrohung für die Vorherrschaft des Kapitalismus in der Weltwirtschaft, insbesondere in den Entwicklungsländern, darstellen und ein noch stärkeres Bollwerk gegen die militärische Macht der USA bilden würden. Diese Möglichkeit zu verhindern, wurde zum wichtigsten außenpolitischen Ziel der Nixon-Regierung.

In dem Bestreben, einen Keil zwischen die beiden Kontrahenten zu treiben, nahm die US-Regierung geheime Gespräche mit dem chinesischen Staat auf. Die Verhandlungen hinter den Kulissen führten zu einem Besuch Nixons bei Mao, zur Umstellung der diplomatischen Anerkennung Taipehs durch die USA auf Peking, zur Erklärung der USA, dass Taiwan ein Teil Chinas ist (das »Ein-China-Prinzip«), zur Zusammenarbeit bei verschiedenen militärischen Missgeschicken in der Dritten Welt und schließlich zur Öffnung des Weges für einen massiven Ausbau des Handels. Aus der Sicht des US-Imperialismus war die Strategie, sich mit China anzufreunden, um die UdSSR zu isolieren, ein großer Erfolg. Die chinesisch-sowjetischen Beziehungen wurden weiter geschwächt, die Notwendigkeit, China »einzudämmen«, war nicht mehr so dringlich, und die USA konnten ihre militaristische Aggressivität stärker auf ihr Hauptziel, die Sowjetunion, konzentrieren.

Heute, mehr als 50 Jahre später, führt die Trump-Administration eine Wiederholung dieser Operation durch, diesmal mit dem Ziel,

Russland von China wegzulocken, von dem jeder in der Kapitalistenklasse weiß, dass es der wahre Konkurrent für die Monopolherrschaft der USA ist.

Das ist ein scharfer Bruch mit dem außenpolitischen Establishment in Washington, das jahrelang versucht hat, Russland militärisch und wirtschaftlich zu schwächen, und zwar durch die Osterweiterung der NATO, das Schüren »farbiger Revolutionen« an seiner Grenze, die Unterstützung eines provokativen und kostspieligen Krieges in der Ukraine und durch Sanktionen. Sie dachten, dies sei der Weg, um Chinas größten potenziellen Verbündeten lahmzulegen. Diese Gruppe, die unter dem Kater des Kalten Krieges 1.0 leidet und in den Biden-Jahren die Außenpolitik lenkte, sieht in der weiteren Ausdehnung der US-Macht in Europa weiterhin einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zum Umgang mit China.

Die Trump-Administration und der rechts-extreme Teil des Kapitals, der hinter ihm steht, haben sich jedoch für den Kissinger-Ansatz entschieden. Sie betrachten Russland nicht mehr als echte wirtschaftliche oder sicherheitspolitische Bedrohung für die USA oder Westeuropa, sondern wollen sich auf China konzentrieren, den wirklichen Konkurrenten der US-Macht. Und das wollen sie jetzt tun, nicht erst später. Die Konfrontation mit Russland vom Tisch zu nehmen, entlastet ihrer Ansicht nach den US-Imperialismus von einer teuren Ablenkung von dieser Aufgabe. Diese Fraktion des Kapitals akzeptiert die Prämisse, die ein anonym »ehemaliger Regierungsbeamter« in einem vielbeachteten, vom Atlantic Council im Jahr 2021 veröffentlichten Papier aufgestellt hat, dass »ein vollständiges Abdriften Russlands in die strategische Umarmung Chinas« der »größte geostrategische Fehler« wäre, den der US-Imperialismus machen könnte.

Der marxistische Politökonom David McNally beschrieb diese Woche die Denkweise der Trump-Fraktion in einem Beitrag in den sozialen Medien: »Es geht um eine

konzertierte Ausrichtung auf China – seinen wahren globalen Rivalen – und die Schwächung von dessen Beziehungen zu Staaten wie Russland. Die Ukraine ›vor den Bus zu werfen‹, um einen Deal mit Putin zu machen, macht imperialen Sinn, wenn die Schwächung Chinas das Ziel ist.«

Sie sind bereit, Russland seine begrenzte Einflussosphäre zu überlassen, wenn dies dazu führt, dass es sich von China abwendet und der chinesischen Wirtschaft russische Ressourcen vorenthält. Wenn US-Unternehmen auf diesem Weg ukrainische Bodenschätze im Wert von 500 Milliarden Dollar in die Hände bekommen, wie Trump es von Selenskyj fordert, ist das natürlich ein saftiger Bonus.

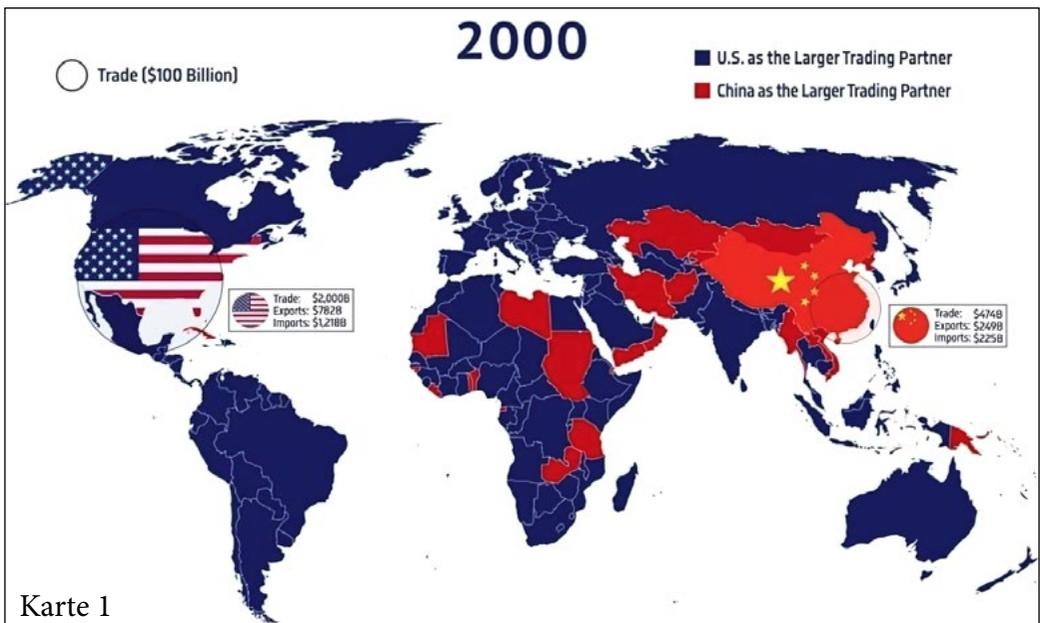
Eine unipolare Welt ist tot

Die Trump-Fraktion der Kapitalistenklasse erkennt an, dass eine multipolare Welt bereits Realität ist, und ist der Ansicht, dass die imperiale Politik der USA dieser Tatsache Rechnung tragen muss. Sie sieht die Welt in konkurrierende Blöcke aufgeteilt, mit den USA und China als Hauptmächten und allen

anderen, wie Russland und der EU, als unterstützende Akteure.

Die Bemühungen, Kanada, Mexiko und Lateinamerika in eine engere Umarmung mit der US-Wirtschaft zu zwingen, spiegeln diese Sichtweise wider. Wenn China durch seine Belt-and-Road-Initiative einen Wirtschaftsblock aufbaut, dann müssen die USA ihren eigenen Block konsolidieren und Zollmauern und Handelsverbote errichten, um ihn durchzusetzen. Die Trump-Fraktion glaubt, die Welt werde aufgeteilt, und sich an die Vorstellung zu klammern, dass die USA weiterhin der Durchsetzer einer unipolaren Ordnung sein können, sei ein Hirgespinnst.

Ein Blick auf die Veränderungen im Welthandel des letzten Vierteljahrhunderts zeigt, dass sie damit nicht falsch liegen. Im Jahr 2000, kurz nach der Zerstörung der Sowjetunion und als Chinas Wirtschaftsreform noch in den Kinderschuhen steckte, waren die USA der wichtigste Handelspartner für die große Mehrheit der Nationen der Welt. Die Macht der US-Konzerne erstreckte sich über den gesamten Globus, und es gab keine ernsthaften Herausforderer.



Spulen wir ins Jahr 2024 vor, und die Landkarte verschiebt sich völlig. Von Asien über Afrika bis hin zu einem großen Teil Europas und fast ganz Südamerika hat China die USA vom ersten Platz der Handelsbeziehungen verdrängt.

Nur in Nordamerika, Mittelamerika und Westeuropa steht der US-Kapitalismus noch an erster Stelle. Aber selbst in diesen Ländern sind die Monopolinteressen bedroht. Ein Blick auf ein einziges großes Unternehmen, Elon Musks Tesla, macht dies deutlich.

Die chinesische E-Auto-Marke BYD (Build Your Dream) ist aufgrund von Zöllen und anderen Handelshemmnissen in den USA nie auf den Straßen zu sehen, aber sie dominiert die asiatischen Märkte und hat im Januar 2025 Tesla in einigen europäischen Ländern zum ersten Mal überholt. Außerdem liebäugelt das Unternehmen mit dem Bau einer Produktionsstätte in Mexiko.

Und dann ist da noch die Bedrohung durch die rasanten KI-Fortschritte Chinas. Erst vor wenigen Wochen stürzte der Chatbot DeepSeek die Branche der künstlichen Intelligenz ins Chaos und ließ den US-Aktienmarkt über

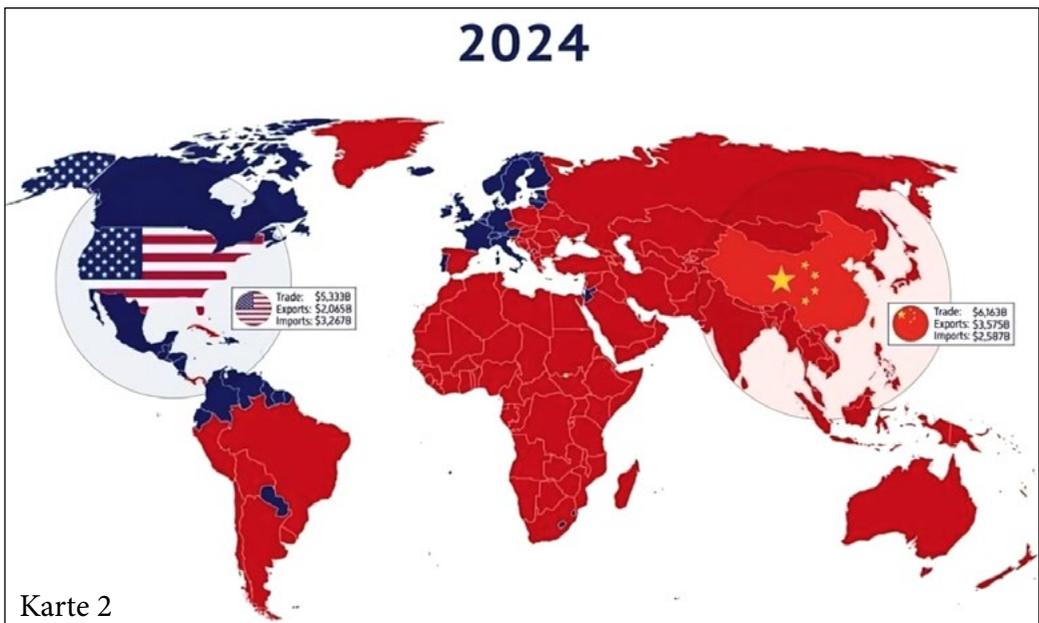
Nacht um eine Billion Dollar abstürzen, was eine Panik unter den US-Tech-Unternehmen auslöste.

Kalter Frieden/Kalter Krieg

Während die Regierung ihre Änderungen an der Ausrichtung des US-Imperialismus in einem plötzlichen Blitzkrieg vorantreibt, wurden die Umrisse von Trumps Strategie eigentlich schon vor Jahren zu Papier gebracht. Was sich geändert hat, sind nicht die Ideen, sondern die Fähigkeit, sie umzusetzen.

Da Trump im Umgang mit der Exekutivgewalt erfahrener ist als während seiner ersten Amtszeit und die Republikanische Partei nachgiebiger, schlugen Trump und der Teil der herrschenden Klasse, der ihn unterstützt, jetzt härter und schneller zu, als sie es zuvor konnten.

Im Jahr 2017 haben zwei außenpolitische Analysten – Daniel Quinn Mills von der Harvard Business School und Steven Rosefielde von der UNC-Chapel Hill – das Denken der MAGA über das Weltgeschehen in einer knappen Reihe von politischen Rezepten zusammengefasst.



Wenn man aus dem Jahr 2025 auf das zurückblickt, was sie damals schrieben, sieht vieles davon wie eine Blaupause für das aus, was jetzt entsteht.

In ihrem Buch »The Trump Phenomenon and the Future of U.S. Foreign Policy« schrieben die beiden: »Die wichtigste Tatsache in der heutigen Weltpolitik ist, dass ... wir eine Welt haben, die in konkurrierende Blöcke geteilt ist ... die versuchen, sich zu vergrößern, oft gegeneinander.« Sie schlugen eine Politik vor, die der neue Präsident in dieser veränderten Welt verfolgen sollte. Sie lässt sich in einigen wenigen Punkten zusammenfassen:

1. **Anstreben eines »Kalten Friedens« mit Russland:** Dies bedeutete, die NATO-Erweiterung entlang der russischen Grenzen zu beenden, eine russische »Einfluss-sphäre« in den ehemaligen Sowjetstaaten zu akzeptieren und Russland dazu zu bewegen, sich an den Bemühungen gegen China zu beteiligen.
2. **China »eindämmen«:** Im Wesentlichen bedeutete dies den Beginn eines Kalten Krieges gegen das größte sozialistische Land der Welt. Dies sei eine Notwendigkeit, so die Autoren, »um einen Rivalen in Schach zu halten und den Zugang der USA zu Ost-, Südost- und Zentralasien zu wahren«. Aus der Sicht des US-Kapitals erfordert dies Bemühungen, den größten Konkurrenten abzuschotten.
3. **Stärkung Japans, Indiens und der südost-asiatischen Staaten,** um die Eindämmung Chinas zu unterstützen.
4. **Verringerung von »demokratie-fördernden Sanktionen«** gegen Thailand, Myanmar, Kambodscha und Vietnam, um diese Länder aus Chinas wirtschaftlicher Umkreisung herauszuholen. Wie die Autoren es ausdrücken: »China ist wichtiger als das Schlagen auf potenzielle Verbündete«.
5. **Akzeptieren einer »Umstrukturierung der Grenzen im Nahen Osten«:** Das könnte eine Aufteilung Syriens und des

Iraks bedeuten und, wie Trump kürzlich vorgeschlagen hat, die Auslöschung des Gazastreifens. Dies alles soll mit dem Ziel geschehen, den Iran einzuschränken und Verbündete wie Israel zu stärken, so die Autoren.

6. **Die Europäische Union** soll unter dem Gewicht ihrer eigenen Schulden- und Einwanderungskrise degenerieren oder verschwinden. Deutschland wird von Mills und Rosefelde besonders verachtet, weil es provokative NATO-Erweiterungen befürwortet, aber nur wenig von den damit verbundenen Kosten übernimmt. Vor diesem Hintergrund machen Vances Angriffe auf EU-Führer und seine Unterstützung für euroskeptische Neofaschisten Sinn.
7. **Überarbeitung aller handelspolitischen Maßnahmen** zum Schutz und zur Aufrechterhaltung der Macht der US-Konzerne, insbesondere der inländisch orientierten Unternehmen, selbst wenn dies bedeutet, dass der Freihandel geopfert werden muss. Hier zeigen die Autoren am deutlichsten, welche Sektoren der Kapitalistenklasse sie als Schlüsselkomponenten der Trump-Koalition betrachten.

Sie betonen die Notwendigkeit, »güterproduzierende Unternehmen« und »mittelständische Unternehmen« zu erhalten und wiederherzustellen, die ihrer Meinung nach den Preis für den Freihandel gezahlt haben, während »große globale, börsennotierte Unternehmen« die Profite einstreichen konnten. Die Trump-Administration müsse die Unterstützung für die »von der Wall Street gesteuerte Globalisierung« beenden, so ihre Forderung.

Damals hielten Sektoren der kapitalistischen Klasse wie das Finanzwesen, die High-Tech-Branche und die Ölindustrie Trump noch auf Distanz; bis zur Wahl 2024 jedoch, als die Bedrohung durch die chinesische Konkurrenz auch für sie unbestreitbar war, wurden viele

Vertreter dieser Branchen in die Trump-Koalition aufgenommen.

Er tut es für die Kapitalisten, nicht für uns

Rechtsgerichtete Politiker, die im Dienste der Kapitalistenklasse arbeiten, haben eine lange Geschichte, in der sie an die Macht kamen, indem sie Lügen verbreiteten, Spaltungen schürten und Gesetze und Medien manipulierten. Aber sie haben in der Regel auch einige Elemente der Wahrheit in ihre trügerischen Appelle eingestreut – das ist schließlich der Weg, um die Menschen in der für den Wahlsieg erforderlichen Zahl an Bord zu holen.

Georgi Dimitroff, einer der berühmten antifaschistischen Führer der 1930er Jahre, erklärte, wie sie das machen:

»Was ist die Quelle des Einflusses des Faschismus auf die Massen? Der Faschismus ist in der Lage, die Massen anzuziehen, weil er demagogisch an ihre dringendsten Bedürfnisse und Forderungen appelliert. Der Faschismus schürt nicht nur Vorurteile, die tief in den Massen verwurzelt sind, sondern spielt auch mit den besten Gefühlen der Massen, mit ihrem Sinn für Gerechtigkeit und manchmal sogar mit ihren revolutionären Traditionen. Der Faschismus zielt auf die hemmungsloseste Ausbeutung der Massen, aber er nähert sich ihnen mit der raffiniertesten antikapitalistischen Demagogie, indem er sich den tiefen Hass der Werktätigen

gegen die plündernde Bourgeoisie, die Banken, die Trusts und die Finanzmagnaten zunutze macht.«

Betrachtet man die Kritik der Ideologen um Trump an der alten imperialen Ordnung, an der NATO, an der bisherigen US-Außenpolitik, am Freihandelssystem und an den globalisierenden Wall-Street-Finanziers, so gibt es vieles, was selbst Marxisten zustimmend nicken lassen würde. Die neoliberale Globalisierung und das vom US-Kapitalismus dominierte unipolare imperiale System haben den Nationen der Welt eine nie dagewesene Ungleichheit beschert, hochbezahlte Arbeitsplätze in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften vernichtet, eine endlose Parade von Kriegen ausgelöst und Millionen von Toten verursacht. Es ist verlockend zu sagen: »Gut, dass wir es los sind« und damit Schluss.

Doch womit wollen der US-Präsident und die Fraktion der herrschenden Klasse, die ihn unterstützt, sie ersetzen? Einen neuen Kalten Krieg gegen China, die Aufteilung der Welt in Blöcke im Namen großer Konzerne, mehr Zerstörung im Nahen Osten und die Abschaffung der Demokratie im eigenen Land – mit allem, was das mit sich bringt, wie Arbeitsgesetze, Frauenrechte, Rassengleichheit und mehr.

Man sollte sich keine Illusionen über die neue Ordnung machen, die Trump anstelle dessen zu errichten hofft, was er niederreißt. Sie wird immer noch für die Kapitalisten sein, nicht für uns.

8. Mai 2025 – 80. Jahrestag Befreiung vom Faschismus



Kaffeebecher
Keramik, 300 ml
8,90 €



Pullover
Herzdruck klein
80% Baumwolle Öko-Tex
S - 4XL – 29,90 €



Kapuzenpullover
80% Baumwolle Öko-Tex
S - 4XL – 29,90 €



T-Shirt
100 % Biobaumwolle
S - 4XL – 19,90 €

**Diese und viele weitere
antifaschistische Artikel im UZ-Shop!**

Jetzt abonnieren ...

Hiermit bestelle ich

- ein befristetes Testabonnement (2 Ausgaben für 18 €) ohne automatische Verlängerung
- ein Abonnement für mindestens 8 Ausgaben
- ein Geschenkabonnement für mindestens 4 Ausgaben
 - zum **Normalpreis** von 54 €/Jahr
 - zum **ermäßigtem Preis** von 38 €/Jahr
 - zum **Förderpreis** von 100 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum Normalpreis von 64 €/Jahr
- Abo plus ePDF** zum ermäßigten Preis von 48 €/Jahr

Neue Abo-Möglichkeit!

Name, Vorname _____ Alter _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

Datum, Unterschrift _____

** Das Abonnement verlängert sich um weitere 4 Ausgaben, wenn es nicht bis 6 Wochen vor Ende des Bezugszeitraumes schriftlich beim Neue Impulse Verlag, Hoffnungstraße 18, 45127 Essen oder per E-Mail an info@neue-impulse-verlag.de gekündigt wird.

Widerrufsbelehrung

Ich bin berechtigt, diese Abo-Bestellung binnen 14 Tagen schriftlich beim Neue Impulse Verlag zu widerrufen.

Datum, Unterschrift _____

- Die Rechnung geht an die Lieferanschrift
- Die Rechnung geht abweichend von der Lieferanschrift an:

Name, Vorname _____

Straße, Nr. _____

PLZ, Ort _____

Telefon, E-Mail _____

- Die Rechnung soll abgebucht werden. Hiermit erteile ich dem Neue Impulse Verlag das Mandat, die Abo-Gebühren für die Zeitschrift »Marxistische Blätter« sowie gegebenenfalls bestellte Bücher von meinem Giro-Konto abbuchen zu lassen. (SEPA-Mandat)
 - Abo-Abbuchung jährlich
 - Abo-Abbuchung halbjährlich

Kundennummer (wenn vorhanden) _____

Ihre IBAN _____ / _____ / _____ / _____ / _____ / _____

Ihre BIC _____

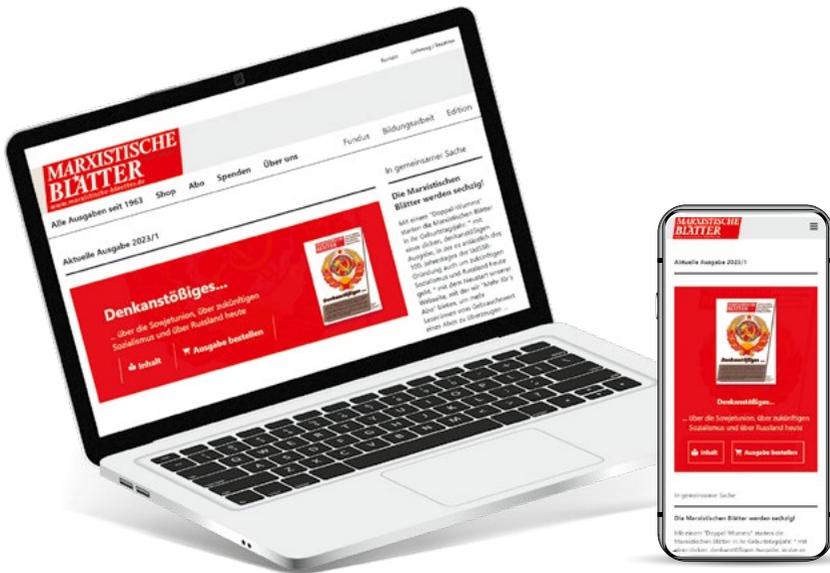
Unsere Gläubiger-ID **DE56ZZZ00000293744**

Die Abbuchung der Abo-Gebühren und der Buchrechnungen erfolgt jeweils zum Ersten eines Monats. Das Mandat endet automatisch mit der Beendigung des Abonnements.

Ort/Datum

Unterschrift

www.marxistische-blaetter.de



Mehr für's Abo.

Jetzt abonnieren!

Impressum

MARXISTISCHE BLÄTTER

Hoffnungstraße 18, 45127 Essen

Telefon: 0201 | 23 67 57

E-Mail: redaktion@marxistische-blaetter.de

Marxistische Blätter im Internet:

www.marxistische-blaetter.de

www.facebook.com/MarxBlätter

Satz und Gestaltung: Medienwerkstatt

Kai Münschke, Essen, www.satz.nrw

Verlag: Neue Impulse Verlag GmbH

E-Mail: info@neue-impulse-verlag.de

Anschrift und Telefon: wie Redaktion